GSP.Z-01-065

Kapitel 4: Zusammen leben

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Antragsteller*in: Martin Harder (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)

Änderungsantrag zu GSP.Z-01

Von Zeile 64 bis 71:
(175) Aktives jüdisches Leben in Deutschland und Europa nach den schrecklichen Erfahrungen der Shoa bedeutet eine ~~große~~immerwährende Verantwortung für den deutschen Staat und seine Bürger*innen. ~~Jüdinnen und Juden~~Jüdisches Leben in ~~ihrer Selbstentfaltung~~Deutschland zu unterstützen sowie ~~ihre~~die Sicherheit von Jüdinnen und ~~die der jüdischen~~Juden und jüdischer Einrichtungen zu gewährleisten ist eine wichtige Aufgabe für unsere Gesellschaft. Sich Antisemitismus in jeder Form entgegenzustellen ist die Verpflichtung unseres Rechtsstaates und die ~~immer währende~~beständige Aufgabe aller Menschen in Deutschland und in Europa.Das Gedenken an den Holocaust ist konstitutiv für die Demokratie in Deutschland. Es für die kommende Generation wachzuhalten ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Damit betraute öffentliche und staatliche Einrichtungen müssen angemessen ausgestattet werden, um ihren Bildungsauftrag verantwortungsvoll, wirksam und kohärent ausrichten zu können. Historischem Revisionismus und relativierenden geschichtlichen Vergleiche ist dabei entgegenzutreten. Das Existenzrecht und die Sicherheit Israels mit gleichen Rechten für all seine Bürger*innen sind unverhandelbar.

Begründung

Begründung:

Grosse —> immerwährende Verantwortung: die unbegrenzte Geltungsdauer der geschichtlichen Verantwortung zu betonen ist absolut zentral.

"Jüdinnen und Juden in ihrer Selbstentfaltung zu unterstützen": für jüdische Menschen liest sich das wie die Einladung zu einer begleiteten Selbsterfahrungsgruppe, also etwas deplaziert und übergriffig.

Die Entwicklung der deutschen Nachkriegsdemokratie ist ohne die beständige Auseinandersetzung mit dem Holocaust nicht denkbar, „Vogelschiss“-Verharmlosungen und andere Relativierungen unterstreichen die demokratiepolitische Bedeutung der Auseinandersetzung mit dem Holocaust auch für die Zukunft.

"Das Existenzrecht und die Sicherheit Israels mit gleichen Rechten für all seine Bürger*innen sind unverhandelbar." Dieser Satz wird in einem anderen Antrag behandelt, wobei der Satz eigentlich in das Kapital 8 (Frieden und internationale Ordnung) gehört - die implizite Zuschreibung einer doppelten Zugehörigkeit und Loyalität zu Deutschland UND Israel ist eine typische antisemitische Unterstellung, die wir wirklich nicht unbedacht übernehmen sollten.

weitere Antragsteller*innen

Mariella Perna (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Sergey Lagodinsky (KV Berlin-Pankow); Claudia Pepper (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Albert Fischer (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Luiz Ramalho (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Christa Markl-Vieto Estrada (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Torsten Wiesske (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Christoph Lorenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Detlef Meyer zu Heringdorf (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Thomas Hess (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Alexander Kräß (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Volker Beck (KV Köln); Katrin Schaar (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Susanne Mertens (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Helmut Asche (KV Main-Taunus); Christa Fischer (KV Berlin-Kreisfrei); Wolfgang Tentscher (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Claire-Susann Dannies (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Lukas Uhde (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)